

Vorstufe zur Kopfpauschale

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold warnt vor Zusatzbeiträgen der Krankenkassen

(pm) Am 1. Februar forderten einige Kassen, wie zum Beispiel die DAK, von ihren Versicherten Zusatzbeiträge. Dies geschieht erstmalig seit der Einführung des Gesundheitsfonds Anfang 2009. Der Nürtinger Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD) sieht die Gefahr, dass dies der Einstieg zu der von der FDP favorisierten, höchst unsozialen Kopfpauschale darstellt: „Dies wäre ein gravierender Fehler“, so der Abgeordnete in einer Pressemitteilung. Gesundheitsminister Philipp Rösler habe seine Aussage bekräftigt, das Gesundheitssystem noch vor der nächsten Bundestagswahl umzubauen.

Der Hintergrund ist laut Arnold folgender: die Zusatzbeiträge seien damals gegen den Willen der SPD von der Union durchgesetzt worden. Schon in der Großen Koalition sei es um die Frage gegangen, wie das Gesundheitswesen angesichts steigender Kosten verändert werden könnte. Die SPD habe für die solidarische Bürgerversicherung plädiert: Hier sollten alle Bürger mit allen Einkommen (bis zur Beitragsbemessungsgrenze) ihren Teil für die Gesundheitsversorgung beisteuern, also auch die Beamten und die Personen, die bisher in der privaten Krankenversicherung sind.

Die Folge wäre gewesen, dass die ungleiche Unterscheidung in gesetzliche und private Krankenversicherung abgeschafft worden wäre. Die CDU bevorzuge jedoch die Kopfpauschale, bei der jeder unabhängig von seinem Einkommen den gleichen Betrag zahle. Um die einheitliche Prämie zu verhindern und so den Gesundheitsfonds als Kompromiss zu ermöglichen, habe die SPD trotz der Zusatzbeiträge dem Gesetz

zugestimmt. Allerdings habe sie auf einer Begrenzung der Beiträge bestanden. So können die Krankenkassen ohne Einkommensprüfung maximal acht Euro fordern.

Das bedeute, dass die Kassen nicht überprüfen müssen, wie viel ein Versicherter verdient. Maximal ein Prozent des Bruttomonatseinkommens dürfe mit Einkommensprüfung verlangt werden. Dies wären im extremsten Fall 37,50 Euro im Monat.

Die Kassen müssten für die Beiträge extra Konten für die Versicherten einrichten und ein Abbuchungsverfahren veranlassen. „Das ist nichts anderes als eine kleine Kopfpauschale“, so Arnold.

Hier werde die Infrastruktur bereits geschaffen und es müsste nur noch die Beschränkung von einem Prozent abgeschafft werden. Dies wäre jedoch fatal, denn damit sei die solidarische Gesundheitsversorgung in Gefahr, die darauf beruhe, dass starke Schultern die Schwachen tragen und die Gesunden für die Kranken einstehen.

Solidarische Versicherung grundlegend für Sozialstaat

Die solidarische Versicherung, die von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gemeinsam finanziert wird, habe sich bewährt und sei grundlegend für den Sozialstaat. Die Gesundheit sei das wertvollste Gut und die Finanzierung des Gesundheitssystems sollte nicht leichtfertig in ein ungerechtes System umgebaut werden, meint der SPD-Mann.

Millionen Arbeitnehmer würden zu Bittstellern beim Staat, da sie die einheitliche Prämie nicht zahlen könnten. Die Gutverdienenden profitierten am meisten. So würde künftig der Chefarzt oder auch ein Bundestagsabgeordneter genauso viel zahlen wie die Krankenschwester. Weiter soll der Arbeitgeberanteil eingefroren werden, was bedeutet, dass die höheren Kosten nur noch von den Versicherten getragen werden müssen.

Es stelle sich auch die Frage, wie dieser Umbau bezahlt werden soll. Der Sozialausgleich, der zum Tragen kommen müsse, wenn viele Versicherte die Prämie nicht zahlen können, würde zwischen 22 und 35 Milliarden Euro kosten - Geld, das die Koalition nicht habe. Diese Mehrkosten könnten nur über eine drastische Erhöhung der Einkommensteuer finanziert werden. Oder man gehe den Weg über höhere Verbrauchssteuern, wie die Erhöhung der Mehrwertsteuer um bis zu vier Prozent. „Somit bezahlen die Empfänger des Sozialausgleichs den Transfer aus eigener Tasche“, warnt Arnold.

In der Schweiz könne man bereits heute sehen, dass dieses System nicht funktioniere, dort müsse bereits jeder Dritte Staatszuschüsse bekommen und die so hoch gepriesenen Wettbewerbe um die Leistungen unter den Kassen gebe es nicht. Dort überlege man sich sogar, auf das deutsche Modell umzusteigen, und das nicht ohne Grund. „Solidarität heißt, dass jeder nach seinen Möglichkeiten einen Beitrag leistet und alle das medizinisch Notwendige erhalten und am medizinischen Fortschritt teilnehmen“, sagt der SPD-Abgeordnete Arnold.